Frauenvorträge an der
FernUniversität
34

Ehrenamtliches Engagement von Frauen

Gisela Notz

Gisela Notz

Ehrenamtliches Engagement von Frauen

Vortrag und Diskussion im Vortragssaal der FernUniversität Hagen

am 08. Februar 2001 in Hagen

Die Verantwortung für den Inhalt trägt alleine die Autorin.

ISSN 1438-9606

© 2001 FernUniversität–Gesamthochschule in Hagen

Redaktion: Die Gleichstellungsbeauftragte
Die Vorsitzende der Gleichstellungskommission
Überarbeitung und Gestaltung: Monika Giebeler und Melanie Graf

Herausgeber: Der Rektor

Ehrenamtliches Engagement von Frauen

Vortrag im Vortragssaal der FernUniversität Hagen am 08. Februar 2001

Arbeit ohne Geld und Ehre _____ S. 1

Ausmaß und Umfang ehrenamtlicher Arbeit _____ S. 3

Was ist das Neue am neuen Ehrenamt?_____ S 7

Belohnung statt Entlohnung für Bürgerarbeit _____ S. 8

Jenseits von Markt und Staat - der dritte Sektor _____ S. 10

Alter Wein in neuen Schläuchen _____ S. 12

Kann ehrenamtliche Arbeit Ersatzarbeit sein? _____ S. 15

Perspektiven für die Zukunft_____ S. 18

Literaturverzeichnis_____ S. 22

Ehrenamtliches Engagement von Frauen

Arbeit und Arbeitsgesellschaft sind nicht deshalb in der „Krise“, weil es nicht genügend zu tun gäbe, sondern weil unter Arbeit vorwiegend industrielle Arbeit, die der Herstellung und Umgestaltung von Waren dient, verstanden wird. Der größte Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit tritt nach wie vor nicht als Arbeit in Erscheinung. Es sind die unbezahlten Arbeiten in der Familie und in anderen (Zusammen)Lebensformen, bei der Erziehung der Kinder, der Pflege der Alten, Behinderten und Hilfsbedürftigen, in der Nachbarschaftshilfe, im sozialen Ehrenamt, in Selbsthilfe und im Ehrenamt. Diese Arbeiten gehen der Gesellschaft ganz gewiss nicht aus. Die einseitige Zuweisung dieser Arbeiten an Frauen hat erhebliche Auswirkungen auf ihre Lebens- und Arbeitsbiografien.

Ich werde zunächst eine Begriffserklärung zur ehrenamtlichen Arbeit vornehmen, dann soll, anhand einer neuen, noch nicht veröffentlichten Studie, die die Bundesregierung in Auftrag gegeben hat (BMfFSFuJ 2000 a) nach Ausmaß und Umfang ehrenamtlicher Arbeit gefragt werden. Anschließend werden "neue Konzepte" nach ihren Auswirkungen auf die geschlechterspezifische Arbeitsverteilung befragt und danach will ich anhand einer Studie über ehrenamtliche Arbeit in Thüringen der Frage nachgehen (Zander/Notz 1997), ob ehrenamtliche Arbeit Ersatz für Erwerbsarbeit sein kann. Darum geht es in der aktuellen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Diskussion, zumindest was die ehrenamtliche Arbeit in den Sozial- und Gesundheitsbereichen betrifft. Abschließend sollen einige Perspektiven für die Zukunft entwickelt werden.

Arbeit ohne Geld und Ehre?

Ehrenamtliche Tätigkeit oder ehrenamtliches Engagement sind keine eindeutigen Begriffe, sondern Ausdruck situativer Vieldeutigkeit. Ein Blick auf die historische Gewordenheit dieser Arbeitsform zeigt, dass mit sich ausbreitender Industrialisierung ehrenamtliche Arbeit vor allem mit der Finanzierung und dem Vorsitz privater Wohlfahrtsorganisationen des reichen Bürgertums assoziiert wird. Der Bereich "tätiger Nächstenliebe" wird erst später zur ehrenamtlichen Arbeit gerechnet. Mit dem Entstehen der Wohlfahrtsverbände, der Entwicklung des Sozialstaates und beruflich organisierter personenbezogener Dienstleistungen wird er als "soziales Ehrenamt" zum unverzichtbaren Bestandteil sozialer und gesundheitlicher Sicherung. Seither bezeichnet der Begriff "ehrenamtliche Arbeit" unbezahlte, nicht über den Markt vermittelte, scheinbar unbezahlbare Arbeit. „Was ich kann ist unbezahlbar“, so eine Broschüre des Bundesministeriums für Senioren, Frauen und Jugend zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 (BMfFSFuJ 2000 b). Unentgeltlich ist sie nicht. Sie kostet für Ehrenamtliche

Geld und Zeit (vgl. Notz 1989) und nicht selten geht sie auf Kosten deren eigenständiger Existenzsicherung. Und sie verursacht den Verbänden, die sie organisieren, verwalten und die sich um die Motivierung und Begeisterung weiterer Personenkreise für diese Arbeitsform bemühen, ebenfalls Kosten. Die Unkostenerstattung für die Ehrenamtlichen ist ein Dauerbrenner. 41 % der Befragten Ehrenamtlichen bekommen nach wie vor nicht einmal die entstehenden Kosten erstattet. (BMFSFuJ 2000 a). Ehrenamtliche Arbeit muss man sich, zumindest in einigen Bereichen, leisten können.

Wenn wir über ehrenamtliche Arbeit reden, ist es entscheidend, festzustellen, wo das Engagement stattfindet, von welchem Ehrenamt die Rede sein soll. Da gibt es die Arbeit in Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Einrichtungen, aber auch in Sportvereinen, freiwilligen Feuerwehren, Kultur, Kunst, Politik und im Umweltschutz.

Notwendig wird vor allem eine Unterscheidung zwischen dem *politischen EhrenAMT* in den Vorständen der Wohlfahrtsverbände, Umweltschutzverbände, in den Aufsichtsräten kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen und kirchlichen Gremien, und zwischen der *ehrenamtlichen ARBEIT* im sozialen, kulturellen, umwelt- und naturschützenden Bereich als unbezahlte, Arbeit ohne Schutz und ohne Sicherung der Arbeitsbedingungen. Meist sind es helferische Funktionen im Sinne von sozialen und pflegerischen Dienstleistungen für Menschen, die der Hilfe bedürfen, aber auch für Tiere, Pflanzen und für die Umwelt. *Ohne ehrenamtliche Arbeit würde das System der sozialen Dienste und der gesundheitlichen Versorgung zusammenbrechen.* Damit blieben viele der Sorge und Hilfe bedürftigen Menschen unversorgt.

Bewusst benutze ich den Begriff "Arbeit", weil es sich um gesellschaftlich notwendige, meist unabdingbare Arbeit handelt, die, wie jede andere Arbeit, messbar, bezahlbar, abgrenzbar, teilbar und verteilbar ist (vgl. Notz 1989, S. 14). Deshalb soll sie auch begrifflich so gekennzeichnet werden.

Der Begriff ehrenamtliche Arbeit oder Tätigkeit wurde und wird immer wieder in Frage gestellt, weil es sich letztlich um eine Arbeit handelt, die jenseits von Amt und Ehre geleistet wird. Auch der Begriff freiwillige Arbeit oder Freiwilligenarbeit erscheint unzutreffend, weil er verschleiert, dass Alternativen zur "freiwilligen" unbezahlten Arbeit allzu oft nicht zur Verfügung stehen. Zudem soll Arbeit auch dann freiwillig sein, wenn sie bezahlt geleistet wird. Diese Freiwilligkeit ist durch das Grundgesetz gewährleistet. Der wohl noch treffendste Beg-

riff "unbezahlte Arbeit" greift deshalb zu kurz, weil auch in den Familien solche Arbeit geleistet wird, die aber, da sie zu den "natürlichen" Pflichten der dort vorwiegend arbeitenden Frauen gehört, nicht einmal zu den ehrenamtlichen Arbeiten gezählt wird. Das betrifft nicht nur fürsorgerische Arbeiten; auch Arbeiten, die mit der (möglichst giftarmen) Beschaffung von Nahrungsmitteln verbunden sind oder den Ökologie- und Umweltschutz betreffen, nehmen in den "privaten" Haushalten zu. Man denke nur an die zusätzlichen Arbeiten der Mülltrennung oder auch an Telebanking.

Ich werde in diesem Beitrag die Begriffe ehrenamtliche Arbeit und ehrenamtliche Tätigkeit beibehalten. Dies auch, weil ich der Meinung bin, dass eine bloß begriffliche Reform dieser Arbeit nicht ausreicht. Sie müsste einhergehen mit ihrer gründlichen Veränderung in Form, Zweck, Inhalt, Organisation und vor allem der geschlechterspezifischen Verteilung. Sicher hätte eine solche Reform auch Veränderungen im Bereich der professionell geleisteten Arbeit zur Folge, bzw. zur Voraussetzung.

Die Grenze zwischen sozialem und politischem Ehrenamt ist oft fließend. In vielen Bereichen kann die Arbeit auch mal das eine und mal das andere sein. Auch ehrenamtliche ArbeiterInnen schließen sich oft in Gruppen mit politischem Anspruch zusammen, z. B. in Bürgerinitiativen. Sie wollen Menschen helfen Mit- und Umwelt pfleglich zu behandeln, Probleme anprangern und auf politische Lösungen Einfluss nehmen. Einige lehnen die Arbeit in Institutionen und Verbänden ab, andere suchen sie bewusst, um auf diese einzuwirken.

EhrenÄmter werden meist zusätzlich zur bezahlten Arbeit geleistet, ehrenamtliche Arbeit ist, besonders wenn sie durch Frauen ausgeführt wird oft substitutiv, tritt also an die Stelle von Erwerbsarbeit. Da sie dafür keinen Lohn bekommen, sind sie abhängig von einer anderen Person, meist vom (Ehe)Mann.

Ausmaß und Umfang ehrenamtlicher Arbeit

ExpertInnen weisen immer wieder besorgt darauf hin, dass die in den Wohlfahrtsverbänden und den anderen "klassischen Trägern" zusammengeschlossene Ehrenamtlichkeit rückläufig ist (vgl. Niedrig 1987, Oliva/Oppl/Schmid 1989, Nolte 1996). Neue, jüngere Mitglieder zu finden, sei kaum möglich, die Verbände neigen zur Überalterung (vgl. Stiftung Verbraucherinstitut 1998). Das sei zumindest in den Bereichen der Fall, bei denen es sich um Arbeiten handelt, die Züge den des sogenannten traditionellen Ehrenamtes aufweisen, d. h. etwas für andere tun, etwas (uneigennützig) abgeben.

Für diese Entwicklung werden vor allem vier Trends verantwortlich gemacht:

- zunehmende Individualisierung (vgl. Beck 1986 auch BT-DS 13/2652),
- ein Wertewandel, der in Richtung "hedonistischer Moralen" tendiert (z. B. Klages 1984),
- ein Bedeutungsverlust traditioneller Gemeinschaften wie Familie, Nachbarschaft, Kirchengemeinde, Verbände und Vereine (Gaskin u. a. 1996, S. 224) und damit einhergehend
- ein Zerfall gewachsener sozialer Netzwerke (Keupp/Röhrle 1987).

Dabei ist das Ausmaß der geleisteten Ehrenamtlichen Arbeit durchaus nicht gering. Das Statistische Bundesamt weist 1992 12 Millionen ehrenamtlich arbeitender Bundesbürger aus, während die Wohlfahrtsverbände seit vielen Jahren mit 1,5 Millionen organisierter Ehrenamtlicher rechnen.

Dennoch haben Anklagen gegen Egoismus von egoistischen Individuen Konjunktur. Unsere Gesellschaft, so heißt es, leidet unter Selbstsucht, jeder schiebt seine Kugel alleine. Natürlich sind das nicht WIR, sondern stets die Anderen. Ihnen fehlt es an Gemeinsinn. Grundsätzlich wird allerdings durch viele Studien über das Ausmaß von ehrenamtlicher Arbeit, eine wesentlich höhere Bereitschaft unterstellt, d. h. mehr Menschen als tatsächlich ehrenamtlich tätig sind, würden das tun, wenn entsprechende Ermöglichungsstrukturen geschaffen würden. Diese Menschen zu motivieren und zu aktivieren und die Schaffung von Ermöglichungsstrukturen ist das Ziel sozial- und arbeitsmarktpolitischer Diskussion.

Eine Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Rosenbladt/Picot 1999) erstellt wurde, ergab, dass sich rund 22 Millionen Menschen in Deutschland mehr oder weniger intensiv ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagieren. Das sind immerhin 34 % der bundesdeutschen Bevölkerung. Für die quantitative Studie wurden 14.922 Personen telefonisch befragt. Sie leisten durchschnittlich knapp 15 Std. unbezahlte Arbeit im Monat. Jeder dritte leistet mehr als 5 Stunden pro Woche. Er oder sie wird als "hoch aktiv" bezeichnet. Der Studie kommt der Verdienst zu, dass sie den Begriff "Ehrenamt" weit fasst. Erfasst werden Ehrenämter im Sport, in Kultur und Musik, in der Politik und politischen und beruflichen Interessenvertretung, bei den Rettungsdiensten und der Freiwilligen Feuerwehr, in Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz, in der Justiz und bei Kriminalititätsproblemen ebenso wie in der Schule und im Kindergarten, in der außerschulischen Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene, am Wohnort im sozialen Bereich und im Gesundheitsbereich, in

der Freizeit, im kirchlichen und religiösen Bereich. Wie bereits einige frühere Studien (z. B. Braun/Röhrig 1986, S. 4 - 116) ist auch diese Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass mehr Männer als Frauen ehrenamtlich tätig sind. 38 % der befragten Männer und nur 30 % der Frauen engagieren sich für das Gemeinwohl (BMfFSFuJ 2000 a). Insgesamt wird der größte Teil ehrenamtlicher, freiwilliger Tätigkeit von Männern ausgeübt (55 %). Das Ergebnis ist nicht verwunderlich. Es ergibt sich von selbst, wenn die Arbeit bei den Gewerkschaften, im Sport, bei Rettungsdiensten, freiwilliger Feuerwehr etc. mitgezählt wird.

Es ist durchaus legitim, beliebige unbezahlte Tätigkeiten oder solche, die gegen geringe Aufwandsentschädigungen ausgeübt werden - in diesem Falle 14 Tätigkeitsfelder - unter dem Begriff "Ehrenamt" zu subsumieren, denn - wie bereits erwähnt - gibt es keine einheitliche Definition. Dennoch tut Differenzierung Not. Wichtig erscheint vor allem eine Unterscheidung auch innerhalb der Bereiche zwischen dem *EhrenAMT* und der *ehrenamtlichen ARBEIT.* Eine solche Unterscheidung ist bis jetzt nicht vorgenommen worden.

Sieht man sich die Zahlen der neuen Studie genauer an, so wird deutlich, was auch aus früheren Studien bekannt ist: ehrenamtliches Engagement hat ein deutlich geschlechtsspezifisches Gesicht. In Feldern mit relativ hohen Anforderungen und Belastungen, wie im sozialen Bereich (67 %), im Gesundheitsbereich (66 %), im Bereich Schule/Kindergarten (65 %) und im Bereich Kirche/Religion (65 %) überwiegen die Frauen. Auch in diesen Bereichen gälte es herauszuarbeiten, wer in den Vorständen und Gremien Ehrenämter inne hat und wer die unmittelbare Versorgungs- und Pflegearbeit leistet und in welchen Bereichen die Hochaktiven zu finden sind und wie deren geschlechterspezifische Verteilung ist.

Unschwer lässt auch die "neue Studie" erkennen, dass der Schwerpunkt des Interesses besonders bei den (Frauen)Bereichen freiwilligen Engagements liegt. Schließlich geht es um "die Zukunft des Sozialstaats" und um die Hoffnung, "Potentiale für soziale Unterstützung und solidarisches Handeln in der Gesellschaft" gewinnen und fördern zu können (ebenda).

Eine zusätzliche Auswertung aus frauenspezifischer Sicht durch das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover war nicht deshalb notwendig, um zu beweisen, dass Frauen die (besseren) Helfenden und Sorgenden sind, sondern vor allem deshalb, um einschätzen zu können, welche Auswirkungen Kampagnen zur Propagierung ehrenamtlicher Arbeit auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Männern und Frauen haben. Die meisten Männer arbeiten in Rettungsdiensten und in der Freiwilligen Feuerwehr (Anteil Männer 84 %). Sie leisten diese gesellschaftlich außerordentlich wichtige Arbeit ne-

ben ihrer bezahlte Berufsarbeit. Das tun auch diejenigen Männer, die ehrenamtlich im Bereich Politik/politische Interessenvertretung arbeiten (Anteil 73 % Männer) und im Bereich berufliche Interessenvertretung (69 %). Die letztgenannten beiden Bereiche sind die Bereiche, in denen die Entscheidungen die Arbeitsplatz, Gemeinwesen und Gesellschaft zum Gegenstand haben, getroffen werden. Für sie gilt zudem, was auch für die Bereiche Sport (Anteil 66 %), Kultur und Musik (63 %), Freizeit und Geselligkeit (57 %) außerschulische Jugendarbeit (63 %), Justiz/Kriminalitätsprobleme (74 %), in denen Männer überrepräsentiert sind, gilt: Es wird seltener der Beruf aufgegeben, als für die Übernahme von Sorge- und Pflegearbeiten. Sie stellen zudem attraktivere, mit mehr Ansehen und Einfluss versehene und besser mit Ressourcen ausgestattete Ehrenämter dar, als solche die nach "klassischem Sozialmief" riechen und in denen angeblich "Dilettantismus, Randständigkeit und aufgezwungene bzw. eingelebte Selbstbescheidung" überwiegen (Olk 1998, 39). Es sind dann auch die im Gesundheitsbereich arbeitenden (Frauen), die sich nach der "neuen Studie" am ehesten überfordert fühlen. Immerhin 40 % geben an, dass sie von ihrer Arbeit "manchmal überfordert" sind. Die übrigen fühlen sich ganz überwiegend ihren Aufgaben gewachsen und nur jeder vierte fühlt - sich insgesamt gesehen - bisweilen überfordert (BMfFSFuJ 2000 a). Auch in dieser Hinsicht wäre eine Differenzierung nach Geschlecht und Leitungs- bzw. ausführender Funktion sinnvoll, da solche Überforderungen nicht nur negative Auswirkungen auf die Ehrenamtlichen selbst, sondern auf die durch sie Betreuten und auf die Qualität der übernommenen Aufgaben haben. Erst durch eine solche Differenzierung würde es möglich, Konsequenzen für eine Veränderung von Inhalt und Gestaltung der Arbeit abzuleiten (vgl. Notz 2000).

In den letzten Jahren ist viel die Rede vom "neuen Ehrenamt", vom "Dritten Sektor" oder "Dritten System, von Bürgerschaftlichem Engagement, Volonteering, von der Bürgerarbeit und anderen "sozialen Erfindungen", durch die der nach Ansicht vieler Ehrenamtlicher missglückte Begriff ersetzt werden soll. Die neuen Begriffe erscheinen als soziale Innovationen, scheinbar befreit von Muff und Staub, die dem alten Ehrenamt, ausgeführt durch die ehrenwerten Damen (vgl. Notz 1989), anhaften.

Was ist das Neue am neuen Ehrenamt?

Das neue Ehrenamt hat nicht nur vielfältige Bezeichnungen, sondern es wird auch situativ Verschiedenes darunter verstanden. Der *Selbsthilfebereich* wurde in der Alt-BRD zuerst als "neues Ehrenamt" bezeichnet. Dort war er zu Beginn der 70er Jahre oft ein Stachel im Fleisch der etablierten Verbände. Zum Selbsthilfebereich gehört sowohl die aktive Beteiligung in Selbsthilfegruppen als auch das darüber hinausgehende Engagement, das erforderlich ist, um Aktivitäten im Selbsthilfebereich ins Leben zu rufen, am Laufen zu halten und um insgesamt diesen Bereich zu unterstützen; nach dem Motto: Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Göttin. SelbsthelferInnen treffen sich v. a. um eigene Probleme aus eigener Kraft, bzw. gemeinsame Probleme und Notlagen mit gemeinsamer Anstrengung zu lösen, bzw. Lebensbedingungen gemeinsam und selbstbestimmt zu gestalten (vgl. Runge/Vilmar 1988). In der Regel gibt es in einer Selbsthilfegruppe keine Hierarchien; alle Mitglieder sind gleichberechtigt.

Eine Trennung zwischen Selbsthilfe und Ehrenamt ist in vielen Fällen nur schwer vorzunehmen. Obwohl SelbsthelferInnen meist nicht mit Ehrenamtlichen verwechselt werden wollen, birgt ehrenamtliche Arbeit immer auch Selbsthilfeaspekte in sich, so wie eine Selbsthilfearbeit ohne Unterstützung durch Fremdhilfe nur schwer durchführbar ist.

Ein anderer Begriff, der für das "neue Ehrenamt" verwendet wird, ist *Bürgerschaftliches Engagement*. Darunter werden meist Aktivitäten und das Engagement in unterschiedlichen selbstorganisierten Initiativen, auch im sozialen Bereich (z. B. autonomen Fraueninitiativen, Elterninitiativen u. a.), verstanden, aber auch im Naturschutz- und Umweltbereich, im Bereich von Internationalismus, Soziokultur u. a.

Bürgerschaftliches Engagement ist ebenso wenig wie Selbsthilfe eine wirklich neue Erscheinung, sondern begleitet die Entstehung und Entwicklung der Moderne. In Westdeutschland fand es seinen Höhepunkt Ende der 60er Jahre in der Bürgerinitiativbewegung, die sich in kommunale, staatliche und kommerzielle Planungsprozesse einmischte. Frauenprojektebewegungen und Bürgerinitiativbewegung waren politische Bewegungen. In der sich seit den 80er Jahren abzeichnenden Debatte um den Kommunitarismus, also den Versuch auf der Theorieebene eine Konzeption von Partizipation aller an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu entwickeln, spielte bürgerschaftliches Engagement ebenfalls eine wichtige Rolle.

Bürgerschaftliches Engagement ist ebenso wie die anderen Begriffe situativ vieldeutig. Wir kennen heute Bürgerinitiativen, zu denen sich Eltern zusammengeschlossen haben, um Kin-

dertagesstätten und Kindergärten zu gründen, die ihnen die Kommune nicht zur Verfügung stellt. Solche Initiativen können über den Bereich der Selbsthilfe hinausgehen, indem sie die Misere, die mit der bürgerlichen Familienideologie verbunden ist und mit dem Primat der Hausversorgung einhergeht, in Zweifel ziehen und sozialstaatliche Forderungen an pädagogische Betreuung stellen oder familienpolitische Vorstellungen zur Akzeptanz anderer Formen des (Zusammen)Lebens entwickeln. Wir kennen auch Bürgerinitiativen gegen Autobahnen und Schnellbahnen, durch deren Bau die Gefahr gesehen wird, dass die natürliche Landschaft weiter zerstört wird, und der deshalb verhindert werden soll. Wir kennen aber auch Bürgerinitiativen, die Asylantenwohnungen und Behindertenheime in dem Stadtteil, in dem die dort Engagierten wohnen, verhindern wollen und die damit diskriminierend und ausgrenzend wirken.

Von den "neuen Konzepten", die in der Zwischenzeit Bücherschränke füllen, will ich nur zwei auswählen:

Belohnung statt Entlohnung für Bürgerarbeit

Die Presse hat vor einiger Zeit Ulrich Becks Konzept von der **"Bürgerarbeit"** (Beck 1997) zum Mega-Thema gemacht. "Bürgerarbeit" empfiehlt Beck, Mitglied der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, als Gegenferment zur schrumpfenden Erwerbsarbeit - also als Substitut für Erwerbslose - für "Jugendliche vor der Berufsausbildung, Mütter nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang in den Rentenstand". Ihnen unterstellt er eine Motivation für "Bürgerarbeit", denn - nachdem sie die Hoffnung auf einen adäquaten Erwerbsarbeitsplatz offenbar aufgegeben haben, suchen sie nach "gezielten Einsatzfeldern für freiwilliges soziales Engagement". Jugendliche tun dies nur, solange es sich nicht um "junge Akademiker" handelt. Die nutzen Engagement während der Erwerbslosigkeit nämlich eher zur "Weiterqualifizierung und als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt" (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 150). Bürgerarbeit wird, wie die "alte" Ehrenamtliche Arbeit auch, nicht entlohnt, sondern belohnt und zwar immateriell durch "Favor Credits" (Heinze/Keupp 1997, S. 126). Favor Credits können kostenfreie Kindergartenplätze sein, öffentliche Würdigungen, Auszeichnungen und Ehrungen oder - und das scheint angesichts der Schwierigkeiten, den gewünschten Studienplatz zu bekommen, besonders attraktiv - Punkte im Numerus-Clausus-Verfahren um Studienplätze, die auch bei den Rückzahlungsverpflichtungen des BAföG-Darlehens berücksichtigt werden. Hier wird einerseits die "Freiwilligkeit"

stark in Frage gestellt, und zudem taucht schnell die Frage auf, welche Art von freiwilliger Arbeit öffentlich gewürdigt werden soll. Die Organisation von StudentInnenstreiks gegen Bafögkürzungen oder von Protesten gegen Castor-Transporte sind sicher nicht gemeint, obwohl es sich hierbei um wirklich freiwillige Arbeit, die ohne Zweifel dem Gemeinwohl dient, handelt.

Eine Form von Bürgergeld, dessen Höhe etwa der Sozialhilfe entsprechen soll, sollen lediglich diejenigen erhalten, die existentiell hierauf angewiesen sind (Kommission, S. 146) - und denen Sozialhilfe ohnehin zustehen würde. Sie können sich umdefinieren und selbst bestimmen, ob sie weiter SozialhilfeempfängerInnen bleiben wollen oder sich als Bürgerarbeiter bezeichnen dürfen. Die Gefahr, dass "die neueste Art, die Frauen aus der sich verschärfenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu verdrängen", für die Zukunft nicht mehr heißen muss: "Frauen zurück an den Herd!, sondern: Vorwärts in die Bürgerarbeit", sieht auch Ulrich Beck (1999, S. 145). Er nimmt die Forderungen von Feministinnen nach Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten (scheinbar) auf (Verweis auf Notz 1998), plädiert jedoch weiter für Bürgerarbeit als Ersatzarbeit zur Erwerbsarbeit, "insbesondere für Langsame, Schwache, Abweichende" (S. 147). Die "neuen Freiwilligen" sind ganz offensichtlich die "Freigesetzten". Erwerbslos sind sie dann nicht mehr. Sie haben Zeit und nutzen diese sinnvoll, nicht selbstlos, sondern weil es ihnen Spaß macht. Und sie genießen eine höhere soziale Anerkennung, sind nicht Unterstützungs-, sondern ZuwendungsempfängerInnen. Aus vielen Studien wissen wir, wie wichtig die Teilhabe an gesellschaftlich organisierter Arbeit für die Menschen ist (vgl. Notz 1989). Der Aspekt des höheren sozialen Status dürfte für viele, die aus der Rolle der BittstellerInnen heraus wollen, attraktiv sein. "'Ich bin Bürgerarbeiter', das klingt doch besser als: 'Ich bin seit drei Jahren arbeitslos'", genau so sieht das auch Ulrich Beck (1999, S. 149). Der materielle Ertrag der Arbeit soll hinter der Sinnstiftung verschwinden. "Dass ich noch gebraucht werde", das baut die "erwerbslose Beiköchin der Dresdner Tafel" (S. 150) ganz ohne Zweifel auf. Ob sie selbst darin ein "Zukunftsmodell" sieht, ist allerdings zu bezweifeln.

Durch die Erschließung "nicht-marktgängiger, gemeinwohlorientierter Tätigkeitsfelder" (Kommission, S. 146) soll in doppeltem Sinne geholfen werden: Die Zahl der Erwerbslosen kann verringert werden, denn gemeinnützig Tätige sind keine Arbeitslosen, sie stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung und die zunehmende Zahl der Hilfsbedürftigen kann zum Nulltarif versorgt werden.

Ausdrücklich wird in dem Konzept der „Zukunftskommission“ betont, dass die Bürgerarbeit freiwillig ist und für niemanden eine Verpflichtung vorgesehen ist. Die „neuen Freiwilligen“ haben offensichtlich keine Sanktionen in Form von Leistungskürzungen zu erwarten, wenn sie es vorziehen, sich auch nach der Einführung der Bürgerarbeit als Sozialhilfeempfängerinnen zu definieren. So entgehen die Konzeptemacher dem Vorwurf, die Arbeitspflicht einführen zu wollen, auch wenn sie SozialhilfeempfängerInnen in Nicht-mehr-Erwerbslose verwandeln wollen. Andere Konzepte, wie zum Beispiel das „Mehrschichtenmodell der Arbeit“, wie es für den Club of Rome entwickelt worden ist (Giarini/Liedtke 1998, S. 231 ff.), sprechen bereits offen über Arbeitspflicht. Auch wenn SozialhilfeempfängerInnen bereits heute immer häufiger zur Aufnahme von Arbeit verpflichtet werden, zum Beispiel durch sog. Gemeinnützige zusätzliche Arbeit (GZA), sind Zwangsdienste für die Bundesrepublik nach Art. 12 des Grundgesetzes verboten. Danach haben alle Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Arbeitsstrafen sind nur bei gerichtlich angeordneten Freiheitsstrafen zulässig. Arbeitsdienste sollte es in einer Demokratischen BRD nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr geben. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten warum. Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern (vgl. Notz 1999).

Jenseits von Markt und Staat - der dritte Sektor

Ein weiteres Konzept in der Diskussion um das "neue Ehrenamt" ist der *"dritte Sektor"*, den z. B. Jeremy Rifkin (1995) oder Antony Giddens (1997) propagieren. Während in der Wirtschaftsterminologie der Begriff "dritter Sektor" (tertiärer Sektor) den Dienstleistungssektor bezeichnet, meinen die Sozialforscher damit den "dritten Sektor" jenseits von Markt und Staat, in dem die geleistete Arbeit weder der gewinnwirtschaftlichen Güter- und Dienstleistungsproduktion dient (kapitalistische Marktwirtschaft - erster Sektor), noch bestimmte hoheitliche Zwecke verfolgt und staatliche Verwaltungssaufgaben (Staat - zweiter Sektor) erfüllt. Tätigkeiten im "dritten Sektor" sind nicht mit der Eigen- und Hausarbeit oder mit sog. "informellen Netzen" gleichzusetzen. Der "dritte Sektor" ist somit zwischen "Markt", Staat" und "Netzwerken" zu verorten. Rupert Graf Strachwitz bezeichnet den Dritten Sektor in einem 1998 erschienenen Buch als "dritte Kraft", der besonders Aufmerksamkeit zukommt, wenn von einer Zivil- oder Bürgergesellschaft die Rede ist und wenn vor der "Wolfsgesellschaft" gewarnt wird.

Im "dritten Sektor" werden weitere, bisher nicht erschlossene Beschäftigungsmöglichkeiten vermutet. Durch noch unausgeschöpfte Potentiale sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden und das Problem der Massenerwerbslosigkeit gelöst oder zumindest in seinen Auswirkungen gemildert werden. Zudem weckt der "dritte Sektor" Hoffnungen, die Probleme von schwindender Solidarität in der Gesellschaft zu bewältigen.

Jeremy Rifkin, renommierter amerikanischer Wirtschaftsjournalist und Sozialphilosoph aus den USA, warnt in seinem Buch "Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft"(1995) vor Verelendung und Gesetzlosigkeit, wenn wir den Erwerbslosen nichts sinnvolles zu tun geben. Er warnt vor der weiteren Destabilisierung des Bestehenden, vor fortschreitender "sozialer Polarisierung" mit den Folgen sozialer Ausgrenzung, Kriminalisierung, Verwilderung und zunehmender Barbarei. Rifkin fordert dazu auf, die Fixierung auf den Markt und auf den Staat aufzugeben und setzt die Hoffnung auf einen "dritten Sektor" für die Opfer der dritten industriellen Revolution. In diesem "dritten Sektor" sollen Arbeitskräfte tätig sein, die im marktwirtschaftlichen Sinne "nichts wert" sind. Sie sollen dort in Non-Profit-Organisationen, gemeinnützigen Projekten, freiwilliger Arbeit und Hilfsorganisationen zu Schattenlöhnen arbeiten.

Die Arbeiten im dritten Sektor sind ganz überwiegend Reparaturarbeiten für die sozialen, gesundheitlichen, psychischen, kulturellen und ökologischen Schäden, die der erste Sektor produziert. Der aber kann bleiben, wie er ist und dort können diejenigen, die den Zugang haben, arbeiten so viel und so lange sie wollen. Diskussionen um die Humanisierung der Arbeit (HdA), wie sie in den 80er Jahren geführt und durch die (damalige) Bundesregierung gefördert worden sind (vgl. Fricke/Notz/Schuchardt 1982) sind verstummt.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Die Realität beweist es: Bürgerarbeit und Arbeit im "dritten Sektor" gibt es seit langem. Ein Markt mit vielfältigen ehrenamtlichen Möglichkeiten. Aus einer Studie der Bremer Universität geht hervor, dass über eine Million Menschen in Deutschland bereits im Dritten Sektor beschäftigt sind (Weser Kurier vom 25. 4. 1998). Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (Anheier u. a. 1997) rechnet mit 1,3 Mill. Menschen im Non-profit-Sektor. Zwei Drittel davon waren Anfang der 90er Jahre Frauen.

Konzepte zur Bürgerarbeit und anderen mit ehrenamtlichem Engagement und Gemeinsinn in Zusammenhang gebrachten Tätigkeiten werden (scheinbar) geschlechtsneutral angeboten. Bei den Arbeitstätigkeiten handelt es sich jedoch vorwiegend um solche, die heute schon weit mehrheitlich durch Frauen unbezahlt erbracht werden (vgl. Notz 1989, Reihs 1995, Anheier 1997). Diejenigen, die die Konzepte entwerfen, haben nicht die Absicht, in wie auch immer gearteten neuen Sektoren zu arbeiten. Sie arbeiten im "Wissenssektor" (Rifkin), brauchen keine Schattenlöhne und werden niemals auf Bürgergeld angewiesen sein.

Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement und Bürgerarbeit sind allesamt keine neuen Arbeitsformen. Fast mutet die Diskussion an, wie alter Wein in neuen Schläuchen. Weder vom alten noch vom neuen Ehrenamt können diejenigen, die es ausführen, ihre eigene Existenz sichern, abgesehen von ein bisschen Bürgergeld, das nur für diejenigen vorgesehen ist, denen es ohnehin als Sozialhilfe zustehen würde. Davon abgesehen ist ehrenamtliche Arbeit immer auf die Alimentation durch ein anderes eigenes oder fremdes Arbeitsverhältnis angewiesen. Will man wirklich "neue Potentiale" gewinnen, so wird das nur zu erreichen sein, wenn man ehrenamtliche Arbeit additativ und nicht substitutiv zur Erwerbsarbeit sieht. Das gilt für viele Bereiche, in denen ehrenamtliches Engagement stattfindet und für die meisten Menschen, die ehrenamtlich tätig sind. Ausgenommen sind ältere Frauen und Männer, die durch eine ausreichende Rente finanziell abgesichert sind.

Die neuen Konzeptemacher sind ebenso wenig wie die alten an einer Aufhebung der sozialen und der geschlechterspezifischen Ungleichheit interessiert. Reden ist Silber - Helfen ist Gold, so eine Kampagne der Bundesregierung Mitte der 80er Jahre (vgl. Notz 1989, S. 78). Es geht darum, Kosten zu sparen, Wunden zu heilen und nicht darum, (gleichzeitig) die Missstände anzuprangern. Das Einrichten von „Tafeln“ mit aussortierten Lebensmitteln für Arme und

Hilfsbedürftige mindert den Reichtum der Wohlhabenden ebenso wenig, wie es das Verteilen von Armensuppe der „besser gestellten Damen“ zu Beginn der Industrialisierung getan hat. Es ist aber geeignet, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Hungernden zu demütigen. Sie sind die BittstellerInnen und sie bleiben arm.

Dass in die verschiedenen Bereiche der Arbeit, in denen die neuen Freiwilligen tätig sein sollen, auch notwendige fachliche und soziale Qualifikationen eingebracht werden müssen, spielt scheinbar keine Rolle. Mit keinem der „neuen“ Konzepte wird darauf eingegangen. Scheinbar können die gemeinwohlorientierten Tätigkeitsfelder von allen ausgeführt werden, egal welche fachlichen Qualifikationen sie erworben bzw. nicht erworben haben. Diese Annahme passt nicht zu den auf hohem Niveau geführten Professionalisierungsdiskursen, den Debatten um die Notwendigkeit der theoretischen Durchdringung von sozialer Arbeit und der Arbeit im Gesundheitswesen; auch nicht zu neuen Steuerungsmodellen im Sozial- und Gesundheitsbereich mit den Forderungen nach Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement. Ebenso wenig problematisieren die Konzepte die Schwierigkeit der Abgrenzung zwischen hauptamtlich und ehrenamtlich geleisteter Arbeit; ein Dauerbrenner in allen Institutionen, in denen ehrenamtliches Engagement stattfindet.

Aus der Fülle der Probleme, die mit der Aufnahme unbezahlter Arbeiten im Sozialbereich einhergehen will ich zwei kurz diskutieren:

1. Kooperation zwischen Ehrenamtlichen und Professionellen

Das Verhältnis zwischen ehrenamtlich Arbeitenden und den hauptamtlich Tätigen wird immer wieder problematisiert. Die ins Auge gefasste Lösung des Problems ist so ambivalent wie die ehrenamtliche Arbeit: Einerseits wird der Abbau der Hierarchien zwischen bezahlten und unbezahlten HelferInnen gefordert, andererseits jedoch die Verantwortlichkeit der hauptamtlichen Kräfte.

Es widerspricht dem Selbstverständnis der Hauptamtlichen, Probleme des „direkten Umgangs mit den Hilfsbedürftigen“ an die Ehrenamtlichen weiterzugeben, während sie die Verwaltungsaufgaben, die „offiziellen“ Gespräche oder die Apparatemedizin übernehmen. Auch professionelle Kräfte haben ihren Beruf erlernt, um anderen zu helfen. Diese Aufgabenteilung wird u.a. damit begründet, Hauptamtliche hätten keine Zeit für „persönliche Zuwendungsarbeit“. Ehrenamtliche wollen nicht die Arbeit der bezahlten Kräfte leisten. Sie wollen aber auch keine bloßen Hilfskräfte der professionell Arbeitenden sein.

Die Aufforderung, die von Wohlfahrtsverbänden immer wieder gestellt wird, Organisationsstrukturen zu schaffen, die eine „partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern ermöglichen“ und Ehrenamtliche an den Entscheidungen, die die hauptamtlichen Mitarbeiter treffen, zu beteiligen, sind nur ein kläglicher Versuch zur Schlichtung der Probleme, solange die Frage offen bleibt, welche Arbeiten im sozialen und Gesundheitsbereich überhaupt bezahlt geleistet werden müssen und welche unbezahlt geleistet werden können.

Notwendig wird auf jeden Fall eine Vorbereitung der hauptamtlichen Kräfte, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen bereits während ihrer Ausbildung auf die Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen, mit denen sie in der Praxis ständig konfrontiert sind. Diese notwendige Kooperation ist bis jetzt selten Inhalt der Ausbildung an Fachhochschulen.

2. Die Mitbestimmung der Ehrenamtlichen

In der Diskussion um ehrenamtliche Arbeit fällt auf, dass weder diejenigen zu Wort kommen, die durch ehrenamtliche Arbeit betreut und versorgt werden, noch jene, die weit überwiegend die Arbeit leisten. In den öffentlichen Debatten äußern sich in der Regel die hauptamtlich tätigen „Verantwortlichen“ (Männer) der Wohlfahrtsverbände und Kirchen. Ihr Anliegen ist vor allem der sozialpolitische Nutzen der ehrenamtlichen Arbeit. Weniger sind es die Bedingungen, unter denen die Frauen dort arbeiten und die Folgen, die sie durch ihr ehrenamtliches Engagement zu tragen haben. Dabei sind es gerade die ehrenamtlichen Arbeiterinnen, die aufgrund ihrer Arbeitssituation Einblicke in soziale Problemlagen haben, die sie dafür prädestinieren, ihre Erkenntnisse in die sozialpolitische Diskussion einzubringen, um an der Verbesserung der Situation der Betreuten zu arbeiten.

Aus den Ergebnissen eines Forschungsprojektes, das ich durchgeführt habe, wird ersichtlich, dass ehrenamtliche Arbeiterinnen bereit und in der Lage sind, ihre Arbeit zu reflektieren und Widersprüche aufzudecken, Kritik- und Widerstandspotentiale gegen Abhängigkeiten, Unterdrückung und Zwänge zu entwickeln (Notz 1989). Ehrenamtliche sind ohnehin meist keine Laien, auch wenn fachliche Qualifikationen für die Arbeit in der Regel nicht vorausgesetzt wird, bringen sie doch oft Qualifikationen und Kompetenzen aus früherer Berufstätigkeit, neben- oder ehrenamtlicher Arbeit ein.

Kann ehrenamtliche Arbeit Ersatzarbeit sein?

Im Rahmen einer von April bis September 1997 durchgeführten quantitativ und qualitativ angelegten Pilotstudie wurden ehrenamtliche ArbeiterInnen und bürgerschaftlich engagierte Menschen in Thüringen, unter Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Aspekten, untersucht (Zander/Notz 1997) und zwar aus drei unterschiedlichen Bereichen: aus traditionellen sozialen Einrichtungen, aus der Selbsthilfe und aus Initiativen bürgerschaftlichen Engagements. Die befragten Ehrenamtlichen waren berufstätig, erwerbslos oder durch (Vor)ruhestand aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Wir gingen von der Annahme aus, dass die, besonders in den neuen Bundesländern, hohe Erwerbslosigkeit, verbunden mit der immer wieder zitierten "ungebrochenen Erwerbsneigung" der "Ost-Frauen", die wie eine unheilbare Krankheit diskutiert wird, auch zu veränderten Ansprüchen an ehrenamtliche Arbeit führt. „Erwerbsneigung“ ob „zunehmend“ oder „ungebrochen“ wird immer nur im Zusammenhang mit Frauenarbeit diskutiert, niemals mit der Arbeit der Männer. Schon deshalb ist die Diskussion geschlechterdiskriminierend.

Um herauszufinden, ob Ehrenamtliche Arbeit - wie in den meisten der oben diskutierten Konzepte probagiert - Erwerbslosen als "Ersatzarbeit" angeboten werden kann, habe ich die Ergebnisse der Studie mit den Kriterien zur psychologischen Bedeutung der Arbeit, die die österreichischen WissenschaftlerInnen Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel (1975) in ihrer berühmten Studie "die Arbeitslosen von Marienthal" entwickelt haben (vgl. auch Jahoda 1993), mit den Ergebnissen der "Thüringer Studie" kontrastiert. Sie sehen bezahlte Arbeit als den zentralen Ort der Identitätsfindung und Selbstverwirklichung an. Arbeit ist danach nicht allein die Quelle des Lebensunterhaltes, sondern des Lebenssinnes dazu; sie strukturiert die Zeit, ermöglicht eine Auseinandersetzung mit der Realität in regelmäßiger Aktivität, bietet die Erfahrung der Eingebundenheit in einen überindividuellen Zusammenhang (kollektive Ziele), die Möglichkeit zu sozialen Kontakten sowie die Erfahrung erbrachter Leistung und weist den sozialen Status zu. Eine solche bezahlte Arbeit blieb genau der Hälfte der in die Fragebogenbefragung einbezogenen verwehrt. Sie gaben an, ausschließlich ehrenamtlich tätig zu sein. Keine der interviewten Frauen und nur drei der in die Fragebogenerhebung einbezogenen, definierten sich über den Hausfrauenstatus. Ihnen bleibt nur der Ausweg, konstruktive Aspekte der Arbeit außerhalb der Lohnarbeit in der ehrenamtlichen Arbeit zu suchen. Legen wir die Kriterien zur psychologischen Bedeutung der Arbeit zugrunde, so wird deutlich, dass die ehrenamtliche Arbeit zwar einige Kriterien erfüllen kann und einen persönlichkeitsfördernden Charakter haben kann, jedoch nicht als Lebensaufgabe gesehen wird. Ehrenamtliche

Arbeit erweist sich als zusätzliches Betätigungsfeld, nur 8 von 584 Nennungen beziehen sich auf "Ersatz für fehlende Berufsarbeit". Ostdeutsche Frauen sind, ebenso wie ostdeutsche Männer auf ökonomische Unabhängigkeit und auf eine durchgehende Erwerbsbiographie hin sozialisiert worden.

Auch wenn sie erwerbslos sind, sehen weder Frauen noch Männer in ehrenamtlicher Arbeit keine "Ersatzberufsarbeit", wie es Konzepte, die für Bürgerarbeit oder für den Dritten Sektor entwickelt worden sind suggerieren, sondern allenfalls die Möglichkeit, daraus eine Erwerbsperspektive abzuleiten. Das heißt nicht, dass sie ehrenamtliche Arbeit aufgeben würden, wenn sie wieder eine Berufsarbeit ausüben könnten. Ehrenamtliche Arbeit alleine reicht ihnen vor allem deshalb nicht aus, weil das Kriterium "Arbeit als Quelle des Lebensunterhalts" durch ehrenamtliche Arbeit nicht erfüllt wird. 57 von den 86 in die Fragebogenerhebung einbezogenen Frauen haben kein Einkommen oder ein Einkommen unter 1.800 DM netto. Bei den Männern war nur einer ohne eigenes Einkommen und 14 hatten unter 1.800 DM.

Ganz deutlich wird das Bild der befragten Ehrenamtlichen dadurch geprägt, dass sie ehrenamtliche Tätigkeit neben der Berufstätigkeit und neben der Haus- und Sorgearbeit ausüben wollen, was ihnen angesichts der fortschreitenden Erwerbslosigkeit nicht immer gelingt.

Aus den Antworten hervor, dass ehrenamtliche Arbeit einen erheblichen Stellenwert für die Befriedigung mehr oder weniger tiefsitzender Bedürfnisse hat. Aus beiden Befragungen wird deutlich, dass Jahodas Kriterien zugleich jene sind, die die ehrenamtlich Arbeitenden zur Arbeit bewegen. Die meisten der durch Fragebogen Befragten messen der ehrenamtlichen Arbeit einen hohen und sehr hohen Stellenwert bezüglich Ansehen und Bedeutung zu. Daraus leiten sie schließlich auch ihren sozialen Status ab. Das Bedürfnis nach sinnvoller Beschäftigung oder sinnvoller Lebensgestaltung "eine Tätigkeit, durch die man etwas bewegen kann" wird auch aus den Interviews deutlich.

Der Wunsch nach sozialer Erfahrung und Gemeinsamkeit wird ebenfalls ein Hauptmotiv für die Ausübung unbezahlter Arbeiten im sozialen Bereich genannt. Eine wichtige Rolle spielt auch die Erfahrung erbrachter Leistung, "Selbstverwirklichung" und "das Gefühl, gebracht zu werden". Die Verweise auf "Hingabe von Kraft, Zeit, von meiner ganzen Person" und "selbst etwas tun ...aktiv sein" in der mündlichen Befragung zeigen den Stellenwert dieser Arbeitsform für die regelmäßige Aktivität. Für die meisten Befragten gilt, dass die Kontinuität der

Arbeit eine große Rolle spielt. Vier Fünftel geben an, kontinuierlich ehrenamtlich tätig zu sein.

Eine wichtige Rolle spielt der Wunsch nach der Beteiligung an kollektiven Zielen. "Eine Tätigkeit, die man in Zusammenarbeit mit anderen ausführt und die Spaß macht oder zumindest Spaß machen soll" oder eine Arbeit, die es ermöglicht, "aus dem Wohnbereich hinauszugehen". Auch der Wunsch nach der Auseinandersetzung mit der Realität wird deutlich: "anderen helfen" und ein "Interesse an der Sache" sind häufig genannte Kriterien. Ehrenamtliche Arbeit bietet für viele die Möglichkeit, aus der häuslichen Isolation herauszukommen, sich nicht überflüssig zu fühlen und ihr Selbstwertgefühl zu stärken. Hilfe für andere ist so auch immer ein Stück Selbsthilfe.

Vor allem die Antworten auf die Frage nach den Motiven für die ehrenamtliche Arbeit machen deutlich, dass sie kein Mittel gegen Erwerbslosigkeit ist: Die befragten Ehrenamtlichen sind vor allem unbezahlt tätig, weil sie durch ihr Engagement einen Beitrag zum "Erhalt der Einrichtung oder Initiative", die sie zum Teil selbst mit aufgebaut haben, bzw. deren Bestand ihnen wichtig erscheint, leisten wollen. Damit tritt ein Motiv in den Vordergrund, das bislang in Studien zu westlichem Ehrenamt lediglich im Bereich der Frauenprojekte Erwähnung gefunden hat, aber keineswegs vergleichbar mit der angetroffenen Gewichtung. Gefragt nach den Erwartungen, die sie mit Ehrenamtlicher Arbeit verbinden, erhält die Rubrik "Erhalt der Einrichtung/Initiative" ebenfalls die meisten Antworten. Die befragten Ehrenamtlichen äußerten aber auch die Hoffnung, gemeinwesenorientierte und soziale Anliegen zu realisieren. "Einsicht in soziale Probleme" und "Hilfe bei eigenen Problemen" wurden oft genannt, womit wiederum die enge Verschränkung von Selbst- und Fremdhilfe zum Ausdruck kommt.

Es wird auch aus dieser Studie deutlich, dass diejenigen, die existenziell durch ihre Erwerbarbeit abgesichert sind, am ehesten in der Lage sind, zusätzliches unbezahltes Engagement zu leisten. Wenn die Ehrenamtlichen in erster Linie erwarten, dass sie durch ihr Engagement einen Beitrag zum "Erhalt der Einrichtung oder Initiative" leisten können, dann heißt das auch, dass sie sich erhoffen, damit ein bezahltes Tätigkeitsfeld zu erschließen. Ehrenamtlich tätig ist Mann und Frau zusätzlich zur Erwerbsarbeit; das war für die "Ostmenschen", Männer wie Frauen, keine Frage. Auch Erwerbslose sehen in ehrenamtlicher Arbeit keinen Ersatz, sondern allenfalls eine Möglichkeit, daraus eine Erwerbsperspektive abzuleiten und ihre erworbenen Qualifikationen zu erhalten.

Perspektiven für die Zukunft

Angesichts von Sozialabbau und zunehmenden Problemlagen werden „Ehrenamt und Selbsthilfe“ für die Zukunft noch wichtiger werden.

Das Interesse der ehrenamtlich arbeitenden Frauen richtet sich nicht nur auf eine ideologische Aufwertung der jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten.

Aus den Ergebnissen meiner Studie „Frauen in sozialem Ehrenamt“ (Notz 1989, S. 169 ff.) und aus der „Thüringer Studie“ (Zander/Notz 1997) lassen sich zahlreiche Vorschläge zur Veränderung der ehrenamtlichen Sozialarbeit und der Selbsthilfe ableiten, die nach wie vor aktuell sind. Die Forderungen betreffen im einzelnen:

- *Organisation und Form der Arbeit*

Als optimale Arbeitsform wurde eine kollektiv geplante und betriebene Hilfe zur Selbsthilfe unter Mitwirkung von ExpertInnen herausgearbeitet. Die Gruppe bestimmt selbst, wen sie als ExpertIn heranzieht.

- *Frauenförderung*

Die finanzielle Förderung der Verbände, Vereine und Initiativen, die ehrenamtliche Arbeit und Selbsthilfe organisieren, sollte von einer Einbeziehung der Frauen in öffentlichkeitswirksame Entscheidungsbereiche abhängig gemacht werden.

- *Einbeziehung von Betroffenen*

Die Einbeziehung ehemals Betroffener bildet ein unschätzbares Korrektiv für die Arbeit der ehrenamtlichen Gruppen, z. B. in der Arbeit mit Strafgefangenen oder im Gesundheitsbereich und im Frauenhaus.

- *Gestaltung der Gruppensitzungen*

Regelmäßig für alle verbindlich stattfindende Gruppensitzungen sollten u.a. der Reflexion zwischen praktischer Arbeit und theoretischer Diskussion dienen.

- *Unterstützung durch Verbände und Kommunen*

Erwartet wird die Unterstützung und Information für Ehrenamtliche, SelbsthelferInnen und ihre Klienten durch Beratung und Schaffung von Verbindungsstellen zwischen verschiedenen Ämtern.

- *Ersatz aller Auslagen*

Hier handelt es sich um eine Forderung, die zum „Dauerbrenner“ geworden ist. Ehrenamtliche Arbeit und Arbeit in Selbsthilfegruppen wird immer noch oft nicht nur kostenlos geleistet, sondern sie kostete für diejenigen, die sie leisten auch noch (Fahrtkosten, Materialkosten u. v. a.). Daher ist die Forderung nach Ersatz aller entstehenden Auslagen unbedingt und nachdrücklich zu stellen. Hierfür sollte eine Pauschale an die jeweiligen Gruppen gegeben werden.

- *Soziale Absicherung*

Als notwendig wurde eine einkommensunabhängige Mindestrente für alle RenterInnen, unabhängig von den gezahlten Versicherungsbeiträgen und unabhängig von der gewählten Lebensform in der Höhe von mindestens 1.800,-- DM erachtet.

- *Ausbau professioneller Dienste*

Wenn die ehrenamtliche soziale Arbeit und Selbsthilfe der Ergänzung und der Verbesserung der professionellen dienen soll, dann muss dies zugleich den Ausbau der professionellen Dienste bedeuten.

- *Kooperation zwischen Ehrenamtlichen und Professionellen*

Um zu verhindern, dass ehrenamtlich Arbeitende „Lückenbüßerfunktionen“ übernehmen, muß eine klare Aufgabenteilung vorgenommen werden.

- *Weiterbildung der Ehrenamtlichen und SelbsthelferInnen*

Weiterbildung sollte in mehreren Stufen erfolgen: Durch selbstorganisierte gruppeninterne Fortbildung, durch verbesserte und für alle offene Angebote von Verbänden, Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, durch Öffnung der Universitäten. Zu entwickeln wären vor allem Weiterbildungsangebote, die Ehrenamtlichen einen für eine bezahlte Berufstätigkeit qualifizierenden Abschluss ermöglichen.

- *Gemeinwesen-Zentren*

Verknüpfung der ehrenamtlichen Arbeit mit Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit. Solche Zentren könnten verschiedene Funktionen übernehmen: Räume für den Erfahrungsaustausch unter Ehrenamtlichen zur Verfügung stellen, Informationsaustausch und Beratung bieten, auf kommunaler Ebene Qualifizierungsangebote und Weiterbildung schaffen, Infrastruktur zur Verfügung stellen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbieten, ExpertInnenkarteien anlegen, Anlaufstellen für Ideenbörsen, Tauschringe, Erzählcafés u. ä. sein.

♦ *Konsequenzen für die SozialarbeiterInnenausbildung*

Vorbereitung der potentiellen Hauptamtlichen auf die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und Selbsthelferinnen und Einbeziehung erfahrener Ehrenamtlicher in die Lehrtätigkeit.

Vor allem muss mit der einseitigen Zuweisung unbezahlter sozialer Arbeiten an Frauen gebrochen werden, nicht nur weil ihnen dadurch die Existenz aus eigener Arbeit verwehrt wird, sondern auch, weil sie dadurch auf ihre tradierte Rolle als Hausfrau und Mutter festgelegt werden, eine Rolle in einem Familienidyll, mit dem es, sollte es je in breitem Maße existiert haben, mittlerweile für viele Frauen definitiv vorbei ist. Nach dem Familienbericht der Bundesregierung sind nur noch ein Drittel aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland (Ost und West) Familienhaushalte im Sinne der Eltern-Kind-Einheit (1994, S. 70 ff).

Viele „Familienernährer“, die diesen Haushalten angehören, sind selbst erwerbslos und eine steigende Zahl von Frauen will nicht mehr auf selbstverdientes Geld verzichten.

Letztlich muss es Männern wie Frauen, die das wollen, möglich werden, so zu arbeiten, dass sie sich selbst aus gesellschaftlich nützlicher Arbeit versorgen können. Das hieße dann auch, dass Männer wie Frauen für die Sorge, Verantwortung und Hilfe von Kindern, Kranken, Behinderten und alten Menschen verantwortlich sind. Für manche Männer würde das eine Verlängerung ihres Arbeitstages zur Folge haben, für viele Frauen aber mehr freie Zeit.

Ehrenamtlich arbeitende Frauen fordern - so geht es aus empirischen Studien hervor (Notz 1987 und 1989, Reihs 1995, Zander/Notz 1997), dass auch in Zeiten leerer Kassen ehrenamtliche Arbeit nicht Hauptamtliche ersetzen oder verdrängen darf, und dass auch für Frauen Ehrenamt kein Ersatz für Erwerbsarbeit sein darf. *Ehrenamtliche Arbeiten können erst dann wirklich freiwillig und aus Liebe verrichtet werden, wenn die eigenständige Existenzsicherung*

der Helfenden gewährleistet und die professionelle Versorgung der Hilfsbedürftigen sichergestellt ist.

Angesichts der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung verbunden mit Erwerbslosigkeit, Orientierungslosigkeit und Armut, aber auch angesichts der wachsenden Notwendigkeit von Solidarität und Nächstenliebe und der gewachsenen Bedürfnisse der Menschen an gesellschaftlicher Teilhabe und eigenständiger Existenzsicherung durch sinnvolle, gesellschaftliche, nützliche und möglichst selbstbestimmte Arbeit, wird Umdenken notwendig. Es kommt darauf an, Konzepte zu entwickeln, die geeignet sind, der sozialen und geschlechterspezifischen Ungleichheit entgegenzuwirken und die begrenzt vorhandene sinnvolle bezahlte Arbeit und die im Überfluss vorhandene unbezahlt geleistete Arbeit auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts zu verteilen.

Erst ein Blick auf die Arbeit als Ganzes ermöglicht die Entwicklung von Vorstellungen darüber, welche Arbeiten bezahlt geleistet und dann auch zu tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen ausgebaut werden müssen und welche in ihrer unbezahlten Form verbleiben sollten.

Wünschenswert wäre ein ehrenamtliches Engagement, das sich auf eigenständige Individuen gründet, die auf Solidarität ausgerichtet sind und sich zusammenschließen, weil sie gemeinsam mehr und Besseres erreichen können, als alleine. Verschiedene Frauenprojekte, Projekte von Nichtregierungsorganisationen aber auch genossenschaftliche und kommunitäre Lebensgemeinschaften beweisen die Möglichkeit und Nützlichkeit des Zusammenwirkens solidarischer Individuen. Sie praktizieren neue Formen von Selbsthilfe und gegenseitiger Hilfe, (oft) außerhalb von Organisationen. Einige Kollektive setzen sich ständig konstruktiv mit der Mit- und Umwelt auseinander, um die wirklichen Ursachen der sozialen Mängel zu erkennen und strukturelle Veränderungen der Gesellschaft zu erwirken. Um eine lebensfähige Demokratie zu erhalten und weiterzuentwickeln sind sie unbedingt notwendig.

Literatur

Anheier, Helmut K. u. a. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland, Berlin 1997

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986

Beck, Ulrich: Was heißt Globalisierung? Frankfurt/M. 1997

Beck, Ulrich: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt/M; New York 1999

Braun, Joachim/Röhrig, Peter: Umfang und Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe im kommunalen Sozial- und Gesundheitsbereich. In: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung, Bonn 1986

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zur Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement – 3 Bände, Schriftenreihe Band 194, 1-3, Stuttgart 2000 a

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwillig! Magazin zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001, 1. Ausgabe, 5. 12. 2000 b

Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.): Fünfter Familienbericht, Bonn 1994

Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der F.D.P.: Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Drucksache 13/2652

Gaskin, Katharine/Smith, Justin Davis/Paullwitz, Irmtraut u. a.: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg 1996

Giarini, Orio; Liedtke, Patrick M.: Wie wir arbeiten werden: Der neue Bericht an den Club of Rome; Hamburg 1998

Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt/M. 1997

Graf Strachwitz, Rupert (Hrsg.): Dritter Sektor - Dritte Kraft, Stuttgart u. a. 1998

Keupp, Heiner, Rörle, B. (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Frankfurt/M. 1987

Heinze, Rolf G./Keupp, Heiner: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bochum/München, November 1997

Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F./Zeisel, Hans: Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt/M. 1975

Jahoda, Marie: Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Weinheim 1983

Keupp, Heiner/Röhrle, B. (Hrsg.): Soziale Netzwerke, Frankfurt/M. 1987

Klages, Helmut: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen. Frankfurt/M. 1984

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung Ursachen und Maßnahmen - Teil III, Bonn 1997

Niedrig, Heinz: Wohlfahrtsverbände im sozialen und gesellschaftlichen Wandel. In: Boll, Fritz, Olk Thomas (Hrsg.): Selbsthilfe und Wohlfahrtsverbände. Freiburg 1987, S. 69 - 71

Nolte, Claudia: Verantwortung übernehmen im Ehrenamt, in: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH Hannover: Frauen und Ehrenamt Rundbrief aktuell Juni 1996, S. 1

Notz, Gisela: Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit. Forschungsbericht. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1986

Notz, Gisela: Arbeit ohne Geld und Ehre? Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit. Opladen 1987

Notz, Gisela: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen. Freiburg 1989

Notz, Gisela: Was ist Gemeinsinn? Feministische Reflexionen, in: Sozialmagazin, H. 10/1997, S. 27 - 33

Notz, Gisela: Die Arbeit der Frauen und ihre Zukunft - unter den Bedingungen von Globalisierung, in Utopie kreativ, Mai/Juni 1998, S. 14 - 29

Notz, Gisela: Die Neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt - Eine Antwort auf die Krise? Neu-Ulm 1998 (1. Aufl.) und 1999 (2. Aufl.)

Notz, Gisela: Den Bürgern Amt und Ehre, den Bürgerinnen die Arbeit? In: Sozialmagazin H. 3/1999 b, S. 24 - 29

Notz, Gisela: Ehre(n)Amt und Arbeit. Wer ist der Engagierteste im Land? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, H. 2/2000, S. 48 - 57

Oliva, H., Oppl, H., Schmid, R.: Rolle und Stellenwert freier Wohlfahrtspflege. Unveröffentl. Forschungsbericht. Köln, Benediktbeuern 1989

Olk, Thomas: Schriftliche Stellungsnahme. BT-Drucksache 13/294, 1998, S. 37 - 41

Reihs, Sigrid: Im Schatten von Freiheit und Erfüllung. Ehrenamtliche Arbeit in Bayern. Bochum 1995

Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt/New York 1995

Runge, Brigitte, Vilmar Fritz: Die Bedeutung Sozialer Selbsthilfe für die neuen Bundesländer. Studiengruppe für Soziale Selbsthilfe, Arbeitsheft 10. Berlin 1992

Zander, Margherita/Notz, Gisela: Ehrenamtliche soziale Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement in Thüringen. Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen, September 1997